

Pressemitteilung

Nr. 184/2026

Kiel, 02.07.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Kranke Menschen brauchen keine Misstrauenspolitik

Zur geplanten Einführung einer Krankschreibungspflicht ab dem ersten Krankheitstag und zur Abschaffung der telefonischen Krankschreibung erklärt der Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer:

„Union und SPD verkaufen Misstrauen als Reform. Eine Krankschreibungspflicht ab dem ersten Krankheitstag löst kein Problem, sondern schafft neue: für Beschäftigte, für Betriebe und vor allem für ohnehin stark belastete Arztpraxen.

Menschen mit Fieber, Magen-Darm, Migräne oder einem grippalen Infekt gehören nicht aus formalen Gründen ins Wartezimmer. Sie brauchen Ruhe. Und Arztpraxen brauchen Zeit für Patientinnen und Patienten, die medizinisch wirklich untersucht werden müssen. Schwarz-Rot redet von Bürokratieabbau und organisiert gleichzeitig zusätzliche Pflichttermine für einfache Krankheitsfälle. Das passt nicht zusammen.

Arbeitgeber können schon heute in begründeten oder betrieblich geregelten Fällen eine Bescheinigung ab dem ersten Tag verlangen. Dafür braucht es keine pauschale Verdächtigung aller Beschäftigten. Mit einer gesetzlichen Pflicht für alle erklärt die Bundesregierung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Verdachtsfall.



Auch die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung ist ein Rückschritt. Die Telefon-AU war nie ein Blankoscheck. Sie galt unter klaren Voraussetzungen und hat Praxen entlastet, unnötige Wege vermieden und Ansteckungsrisiken reduziert. Genau solche pragmatischen Lösungen braucht unser Gesundheitswesen.

Gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein, wo Hausarzttermine vielerorts ohnehin knapp sind, wäre diese Regelung eine zusätzliche Belastung. Wer die Praxen stärken will, darf sie nicht mit vermeidbarer Attest-Bürokratie fluten. Die Bundesregierung sollte diesen Plan schleunigst beerdigen.“

